

Bürgerengagement

Versuch einer Standortbestimmung im Kontext der gesellschaftspolitischen Veränderungsprozesse in Theorie und Praxis

Die zu beobachtenden Veränderungsprozesse innerhalb der Gesellschaft machen es notwendig, die vielen Leistungen, die heute weder durch den Staat noch durch marktwirtschaftliche Unternehmen erbracht werden können, genauer in den Blick zu nehmen. Diese Leistungen finden in ihren vielfältigen Formen von Selbsthilfe, Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, Initiativ- und Projektarbeit unter dem Begriff »Bürgerengagement« einen Ort, von dem aus sie einerseits an der theoretischen gesellschaftspolitischen Diskussion teilnehmen können. Andererseits wird im Bürgerengagement die praktische Seite der Veränderungsprozesse sichtbar.

In einem ersten Teil soll nun aufgezeigt werden, daß Bürgerengagement weit mehr ist als eine Begrifflichkeit, unter die gängige Standards aus der Diskussion über eine Bürger- oder Zivilgesellschaft, über einen neuen Gesellschaftsvertrag, über die Zukunft der Arbeit u.a. zusammengefaßt werden können. »Bürgerengagement« bietet - und fordert - einen eigenen Zugang in diese Diskussion.

In einem zweiten Schritt wird die Bedeutung eines »Selbsthilfe- und Bürgerzentrums« als mögliche Organisationsform für Bürgerengagement, in der ein Rahmen für Diskussion, Weiterentwicklung und praktische Arbeit geboten wird, skizziert.

Und in einem dritten Schritt wird anhand des Beispiels eines nachberuflichen bürgerschaftlichen Engagements dargestellt, daß die Arbeit eines Selbsthilfe- und Bürgerzentrums der Ort für die praktische Umsetzung von Bürgerengagement sein kann.

1. Bürgerengagement - Forderungen an die Kommune und Zukunft für die Kommune

Gewandelte Formen von Ehrenamt und Selbsthilfe

In der aktuellen Diskussion über eine Bündelung und Zusammenfassung vorhandener Anlauf- und Kontaktstellen für Ehrenamt und Selbsthilfe herrschen oft die Gegenargumente betreffs Profilverflachungen und Kompetenzüberlagerungen vor. Aus dem Blickwinkel eines benötigten Reformprozesses in den Kommunen und einer von den Umständen geforderten Steigerung der Wirtschaftlichkeit im Sozial- und Gesundheitssystem gesehen bietet sich hier jedoch die Chance einer *Weiterentwicklung von Bürgerengagement*.

Durch eine konzeptionelle Weiterentwicklung unverbunden nebeneinander entstandener und agierender Einrichtungen zur Engagementförderung kann eine breitere Förderung des Bürgerengagements erfolgen. Immer unter Berücksichtigung der gewachsenen Strukturen und regionalen Gegebenheiten wird so der Weg geebnet für eine bedarfs- und zukunftsorientierte Unterstützung und Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements in einer Bündelung seiner vielfältigen Formen in Ehrenamt, Selbsthilfe, Freiwilligen- und Initiativarbeit.

Die Potentiale für einen kommunalen Reformprozeß sind einerseits in dem Wunsch der BürgerInnen nach aktiver Mitgestaltung der Gesellschaft und andererseits in der Möglichkeit, Kosten im Sozial- und Gesundheitsbereich einzusparen, zu finden.

Ist das Ziel des kommunalen Reformprozesses die Schaffung einer bürgerorientierten Kommune sind zukunftsweisende Forderungen an die Kommune gestellt, wie z.B. der Aufbau von Kooperations- und Vernetzungsstrukturen, die Bereitstellung ausreichender und gebündelter Informationen über die vielfältigen Tätigkeitsfelder des Bürgerengagements in Kommune, Wohlfahrt, Kirche, Kultur u.a., die Unterstützung und Beratung in fachlichen Fragen, die Förderung einer Beteiligungskultur für Bürgerengagement, in der Potentiale erschlossen und Motivationen geweckt werden etc.

Bei der Partizipation der BürgerInnen bei einer Umgestaltung der Gesellschaft müssen diese immer als aktive, mitspracheberechtigte Mitgestalter der einzuleitenden Reformprozesse beteiligt werden.

Die gewandelte Motivation der BürgerInnen, sich bürgerschaftlich in Ehrenamt und Selbsthilfe zu engagieren, ist in diesem Prozeß von großer Bedeutung.

Obwohl sich die Grundmotivation für bürgerschaftliches Engagement noch immer im »Helfen und helfenden und unterstützenden Tätigwerden« findet, kommt es zu einer Verknüpfung mit anderen Motivationen. Diese Motivationen, aus denen heraus BürgerInnen heute aktiv werden und sind, finden sich in einer ``neuartigen Verbindung von persönlicher Betroffenheit, Selbstverwirklichungsmotiven, sozialem Engagement, der Suche nach Sozialkontakten und Geselligkeit sowie politischen Veränderungswillen".¹

Auch in den drei Handlungsfelder für Bürgerengagement (nach KGSt 6/1999)

- Freiwilliges Engagement und Selbsthilfeaktivitäten
- Übernahme gemeinwohlorientierter Aufgaben durch bürgerschaftliche Gruppen
- Weiterentwicklung des Gemeinwesens durch Beteiligung von BürgerInnen

finden sich diese gewandelten Motivationen.

Ehrenamtlich und freiwillig tätige BürgerInnen sind in fast allen Bereichen der Gesellschaft tätig: Im klassischen Ehrenamt vor allem in traditionell gewachsenen Strukturen, wie in Kirchen und Gemeinden, in der freien Wohlfahrtspflege, im Rettungswesen, in Umweltverbänden, Sportvereinen, Jugendverbänden etc.

In dazu parallel gewachsenen Engagementfeldern wie nicht vereinsmäßig organisierten Selbsthilfegruppen, Projekten und Initiativen kommt der genannte Motivationswandel für Bürgerengagement zum Tragen. In den verschiedenen Formen der Selbsthilfegruppen werden BürgerInnen je nach Eigenentscheidung aktiv. In Selbsthilfegruppen für Betroffene werden Menschen mit gleichen Problemen tätig, um sich gegenseitig zu helfen und zu unterstützen (z.B. Selbsthilfegruppe Depressionen). In Selbsthilfegruppen, die nach ``außen" orientiert sind, helfen die Mitglieder sich selbst und darüber hinaus anderen. Sie gehen auch an die Öffentlichkeit, um über ihr Problem zu informieren (z.B. Elternverein krebskranker Kinder). In Selbsthilfe-Initiativen ist die Motivation für das Engagement nicht in einer Selbstbetroffenheit

zu finden, sondern im sozialen Engagement für andere, vor allem auf sozial- und gesundheitspolitische Probleme bezogen (z.B. Liga der Kinderfreunde).

In anderen neuen Formen des Bürgerengagements wie Tauschringe oder in generationsübergreifenden Projekten finden sich die neuen Motivationen der BürgerInnen ebenfalls.

Auch bei der Übernahme gemeinwohlorientierter Aufgaben, also die Übernahme kommunaler Aufgaben durch bürgerschaftliche Gruppen, und der Weiterentwicklung des Gemeinwesens durch Bürgerbeteiligung stehen die neuen Motivationen im Vordergrund. Der verstärkte Wunsch nach aktiver Teilhabe an kommunalen Planungen und Entscheidungen, nach Einbeziehung in das Gemeinwesen fordert von der Kommune ebenfalls den Aufbau und die Erprobung neuer Formen von Bürgerengagement wie z.B. die Einrichtung sogenannter Runder Tische, BürgerInnen-Foren und Planungszellen - BürgerInnen-Gutachten sowie die Einbeziehung von verschiedenen Mediationsformen (nach KGSt 6/1999).

2. »Selbsthilfe- und Bürgerzentrum«

Infrastruktur für Bürgerengagement

Da die BürgerInnen heute weniger bereit sind, sich in traditionell vorgegebene Strukturen von Ehrenamt und Selbsthilfe einzuordnen, stellt der dargestellte Motivationswandel die Kommune vor hohe Anforderungen.

Die Erwartungen der BürgerInnen nach aktiver Mitsprache und Mitgestaltung, nach projektbezogener und zeitlicher Selbstbestimmung ebenso wie nach Selbstorganisation ihres Engagements münden in der Erwartung an Unterstützung durch die Kommune. Diese Unterstützung ist in der *Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur*, in der Kommunikation, Beteiligung und Organisation angeboten werden, zu sehen.

Diese infrastrukturelle Unterstützung von Ehrenamt und Selbsthilfe ist in einem »Selbsthilfe- und Bürgerzentrum« zu finden, in der eine Vernetzung und Abstimmung der unterschiedlichen vorhandenen Engagementformen stattfindet.

Vordringliche Aufgaben eines »Selbsthilfe- und Bürgerzentrums« sind die Unterstützung von Ehrenamt und Selbsthilfe und die Motivation und Gewinnung der BürgerInnen für die aktive Mitarbeit am gesellschaftlichen Reformprozeß.

Die daraus resultierende Förderung und Reaktivierung des sozialen Zusammenhalts ergeben durch die gestiegene Verbundenheit der BürgerInnen mit ihrer Stadt eine Stärkung der Kommune.

Dementsprechend muß das Angebot eines »Selbsthilfe- und Bürgerzentrums« aktivierende Elemente wie unterstützende, begleitende Elemente beinhalten. Die Handlungsfelder reichen somit von der Bereitstellung von Informationen, der Schaffung eines Kooperations- und Netzwerkes, von Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu fachlicher Beratung und dem Angebot von Qualifizierungsmöglichkeiten.

Indem die nebeneinander bestehenden Engagement unterstützenden Einrichtungen und Stellen gebündelt und vernetzt werden, erweist sich ein »Selbsthilfe- und Bürgerzentrum« als „wirkungsvolle kommunale Strategie zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements“².

3. Was kommt nach der Arbeit?

Aspekte einer Förderung des nachberuflichen bürgerschaftlichen Engagements im Alter durch ein »Selbsthilfe- und Bürgerzentrum«

Bei einem Wandel der »Arbeitsgesellschaft« wird die zentrale Funktion der Erwerbsarbeit, die in ökonomischer wie sozialer Hinsicht identitäts- und sinnstiftend für den Einzelnen ist, relativiert. Weist der Wandel in Richtung einer »aktiven Bürgergesellschaft« findet der Einzelne sich in einer »Mehr-Arbeiten-Gesellschaft«, in der Erwerbsarbeit, bürgerschaftliches Engagement, Bildungsarbeit, Eigenarbeit u.a. nebeneinanderstehen und vielfältige Möglichkeiten zur Mitgestaltung der Gesellschaft bieten.

In diese Diskussion unter der Fragestellung »Was kommt nach der Arbeitsgesellschaft?«³ ist die momentan als eine der wichtigsten auszuweisende Frage »Was kommt nach der Arbeit?« eingebunden.

Die Lebensarbeitszeit hat sich in den letzten Jahrzehnten durch ein späteres Berufseinstiegsalter und ein früheres Rentenalter drastisch verkürzt - um ca. 15 Jahre. Unter Einbezug der Verlängerung der Lebenszeit auf im Durchschnitt fast 80 Jahre läßt sich ein »völlig verändertes Verhältnis von Lebens- und Erwerbsarbeitszeit« feststellen: »In den 50er Jahren waren für Männer von etwa 70 zu erwartenden Lebensjahren ca. 50 Jahre mit Erwerbsarbeit gefüllt. Heute stehen ca. 80 Jahren Lebenszeit noch 35-40 Jahre Erwerbsarbeitszeit gegenüber.«⁴

Die Realitäten vor Ort spiegeln diese generelle Entwicklung wieder. Stellenabbau in der hiesigen Stahl-, Auto- und Chemieindustrie, Schließung der ansässigen Bergwerke u.a.m. bedeuten für die Betroffenen den Ausschluß aus der Erwerbsarbeit - frühzeitig und ungewollt.

Auch bei sog. »sozialverträglichem Ausscheiden« durch Frühverrentung und vorzeitigem Ruhestand steht der Einzelne nun außerhalb seiner Identität, die über Jahre durch qualifizierte und verantwortungsvolle Tätigkeiten im Erwerbsarbeitsleben geprägt war.

Es kommt zu einem Wegfall des durch das Erwerbsarbeitsumfeld gespannten sozialen Netzes: der Kontakt zu den Arbeitskollegen, die Teilhabe an Verantwortung in Betrieb oder Zeche, das Einbinden in strukturierende Zeitabläufe brechen erst einmal ersatzlos weg.

Die verlängerte Lebenszeit und die verkürzte Erwerbsarbeitszeit stellen heute an eine demokratische Gesellschaft die Frage: »Was kommt nach der Arbeit?«

Diese Frage in die einzuleitenden gesellschaftlichen Reformprozesse einzubetten und gemeinsam mit den BürgerInnen Antworten zu erarbeiten, ist eine vordringliche Aufgabe für die Kommunen.

Senioren, die »jungen Alten«, Vorruheständler sind auf der Suche nach einer Identität im Alter und fordern eine weitergehende Integration in das gesellschaftliche Leben.

Ein kommunales »Selbsthilfe- und Bürgerzentrum« als ein Ort, an dem diese Frage gestellt wird, kann als Möglichkeit einer Antwort die Teilhabe am Aufbau und der aktiven Mitgestaltung einer solidarischen Gesellschaft gerade auch im Alter aufzeigen. Die Motivierung und Förderung des nachberuflichen Engagements, die Re-Aktivierung individueller und sozialer Kompetenzen stehen hierbei im Vordergrund. Bürgerengagement in seiner Vielfältigkeit in Selbsthilfe, Freiwilligenarbeit und Ehrenamt bietet ein breites Spektrum von Möglichkeiten der aktiven Teilhabe an der Gesellschaft und der aktiven Mitgestaltung eben dieser Gesellschaft.

Neben dem vorhandenen »Zeit-Potential«, das die ältere Generation der Gesellschaft bieten kann, steht ein »Erfahrungswissen-Potential«, über das in dieser Form nur noch die ältere Generation verfügt. Ebenso bietet sich ein ausgeprägtes »Solidar-Potential«, z.B. in Selbsthilfegruppen, in denen Erfahrungen und Qualifikationen über den Zeitpunkt einer Eigenbetroffenheit hinaus eingebracht werden.

Die von der älteren Generation gestellte Frage nach einem sinnvollen Tätigwerden im Alter muß beim Versuch einer Beantwortung mit Hilfe eines »Selbsthilfe- und Bürgerzentrums« die Vorgaben und Forderungen der älteren Generation beachten.

Da sich der Lebensraum bei älteren Menschen oft schon über lange Jahre hinweg nicht geändert hat, sollten Tätigkeitsfelder in Selbsthilfe und Ehrenamt in erreichbarer Nähe sein. So kann Bürgerengagement im Alter zur Aufrechterhaltung von Sozialkontakten (Nachbarschaft) und zum Aufbau neuer Sozialkontakte (im jeweiligen Tätigkeitsfeld) führen.

Der Nutzung des erworbenen Wissens der älteren Menschen sollte die Möglichkeit der Aneignung neuer Qualifikationen zur Seite gestellt werden.

Die Tätigkeitsfelder in Selbsthilfe und Ehrenamt sollten Affinitäten zu vertrauten Lebens- und Leistungsschemata aufweisen, um ein Einbringen von Erfahrungs- und Fachwissen zu erleichtern.

Darüber hinaus steht die Aktivierung von Eigeninitiative und verantwortlicher Mitwirkung im Bürgerengagement im Vordergrund, um Abhängigkeiten im Alter zugunsten von Selbstverwaltung aufzubrechen und die Artikulierung der eigenen Belange zu fördern.

Fazit:

Abschließend bleibt festzuhalten, daß Bürgerengagement seinen berechtigten Ort in der theoretischen gesellschaftspolitischen Diskussion über die sich anbahnenden und zum Teil schon vollzogenen Veränderungen der Lebens-, Lern- und Arbeitsbedingungen der Menschen finden muß, ohne als Allgemeinplatz für wissenschaftliche Standards dieser Diskussionen gehandelt zu werden.

Das ihm eigene Profil erfährt Bürgerengagement in der Annahme der sich wandelnden Formen von Selbsthilfe und Ehrenamt und in der praktischen Umsetzung - z. B. mit Unterstützung eines »Selbsthilfe- und Bürgerzentrums« -, so daß von hier aus neue, innovative Impulse an die gesellschaftspolitische Diskussion zurückgegeben werden können.

Anmerkungen

¹ KGSt 6/1999, S. 25.

² AaO., S. 51.

³ »Was kommt nach der Arbeitsgesellschaft?« Aufsatz von Jürgen Klute, veröffentlicht in der *reformwerkstatt-ruhr* im Januar 2000 (www.reformwerkstatt-ruhr.de)

⁴ Siehe ebd.

Literatur:

KGSt-Bericht: Bürgerengagement - Chance für Kommunen, Bericht-Nr. 6/1999, KGSt Köln, ISBN-3-89804-267-7

Zukunft des Sozialstaates - Freiwilliges soziales Engagement und Selbsthilfe, Hrsg.: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, September 1999, daraus besonders: Freiwilliges soziales Engagement in NRW: Potentiale und Förderungsmöglichkeiten, Forschungsprojekt im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Nordrhein-Westfalen, von Prof. Dr. Rolf G. Heinze, Mathias Bucksteeg M.A., unter Mitarbeit von Andrea Helmer, Ruhr-Universität Bochum.

Artikel von: Barbara Gierull, Dipl.-Theol., Leiterin des Freiwilligenzentrums Herne, Juni 2000

Kontakt:

reformwerkstatt-ruhr unter:

www.reformwerkstatt-ruhr.de

Anmerkungen: Der Artikel erschien im Sommer 2000, deshalb hier die Anmerkung, dass es die „reformwerkstatt-ruhr“ als virtuelles Ideen- und Reflexionsforum so nicht mehr gibt. Zurzeit stehen die Seiten zwar noch im Internet, werden aber (voraussichtlich) im Sommer 2004 herausgenommen werden.